
2.1 Kernfragen des Kap. 2 (Abb. 2.1)

1. Wie kommt e Vertrag zustande?
2. Was sind Allgemeine Geschäftsbedingungen?
3. Welche Vertragsarten gibt es?
4. Welche Ansprüche ergeben sich aus den jeweiligen Verträgen?
5. Wann erlischt ein Anspruch?
6. Was bedeutet Verjährung?
7. Wie unterscheidet sich das Eigentum vom Besitz?
8. Was sind Grundpfandrechte?
9. Was versteht man unter Eigentumsvorbehalt?

2.2 Wissenstest zu Kap. 2

Können Sie die nachfolgenden Fachbegriffe den Schwerpunkten des zweiten Kapitels zuordnen? Verbinden Sie (Abb. 2.2)!

2.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

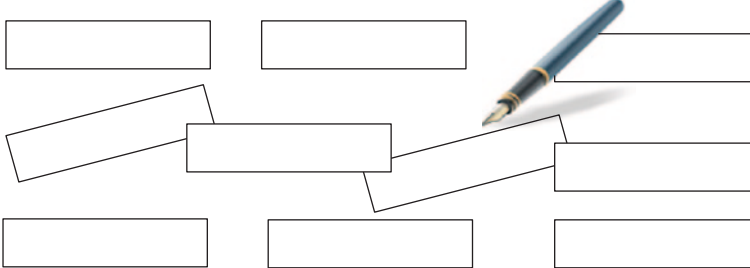
Rahmenplan Nr. 4.2.1. Allgemeine Geschäftsbedingungen

Frage

Was sind Allgemeine Geschäftsbedingungen?

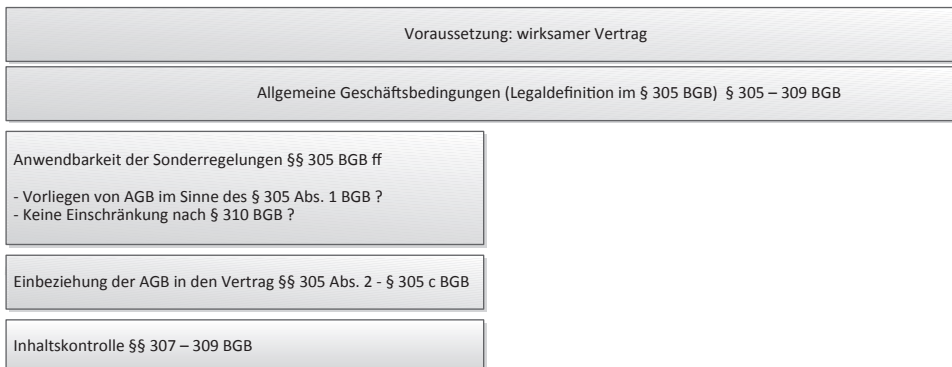
**Abb. 2.1** Kapitelübersicht: Kap. 2

Verbinden Sie bitte immer zwei Wörter miteinander!

**Abb. 2.2** Wissenstest Kap. 2

Antwort

Das BGB ging davon aus, dass der Vertragsinhalt von den Parteien gemeinsam individuell bestimmt wird. Die Massenproduktion und der Massenkonsum von standardisierten Waren und Dienstleistungen führten jedoch zur Aufstellung und Anwendung von AGB. Die Definition des Gesetzgebers, was Allgemeine Geschäftsbedingungen sind, findet sich in § 305 Abs. 1 Satz 1 BGB (Abb. 2.3).

**Abb. 2.3** Prüfungsschritte AGB

Die AGB verfolgen die folgenden Ziele:

Rationalisierung

Die Verwendung von AGB vereinfacht den Geschäftsablauf. Der Zeitbedarf, der beim Aushandeln aller Einzelfragen des Vertrages entstehen würde, wird erheblich gesenkt.

Lückenausfüllung

Im BGB nicht geregelte, für den Rechts- und Wirtschaftsverkehr wichtige Vertragstypen (Girovertrag, Leasing, Factoring, Automatenaufstellungsverträge, Bauträgerverträge), werden durch AGB entwickelt und ausgestaltet.

Risikoabwälzung

Sie wird auf Dauer der wichtigste Zweck der AGB-Verwendung. Praktisch alle AGB sind von dem Bestreben geprägt, die Rechtsstellung der Unternehmen erheblich zu stärken und die Rechte der Kunden zu schmälern. Der Kunde akzeptiert die AGB meist, ohne von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen. Er erkennt ihre Tragweite und Bedeutung nicht oder scheut die Mühen und Kosten, die mit dem Aushandeln von Änderungen verbunden wären.

Frage

Welche Prüfungsreihenfolge sollten Sie einhalten?

Antwort

Sie beginnen mit dem § 310 BGB und prüfen, ob die Vorschriften der §§ 305, 308 und 309 BGB überhaupt Anwendung finden. Diese Klauseln gelten vor allem nicht gegenüber Unternehmen in Ausübung ihrer gewerblichen bzw. selbstständigen Tätigkeit (aber Achtung: auch der Unternehmer ist nicht „schutzlos“, sondern zumindest über die Generalklausel des § 307 BGB geschützt). Bei Geschäften gegenüber Privatleuten bzw. Verbrauchern finden die Inhaltskontrollen der §§ 305–310 BGB dagegen fast in allen Fällen Anwendung, in denen sich der Vertragsgegner seiner AGB bedient, vgl. § 310 Abs. 2 BGB.

Danach ist zu prüfen, ob überhaupt AGB vorliegen und ob diese in den Vertrag wirksam einbezogen worden sind, §§ 305–305 c BGB. Anschließend müssen die fraglichen Klauseln in der Reihenfolge der §§ 308, 309 BGB auf ihre Wirksamkeit hin geprüft werden.

Die wichtigsten Vorschriften stellen sich wie folgt dar:

- a. Überraschende und mehrdeutige Klauseln, § 305 c BGB
Bestimmungen in AGB, die nach Umständen, insbesondere nach dem äußeren Erscheinungsbild des Vertrages, so ungewöhnlich sind, dass der Vertragspartner des Verwenders mit ihnen nicht zu rechnen braucht, werden nicht Vertragsbestandteil.
- b. Generalklausel, § 307 BGB
Bestimmungen in AGB sind unwirksam, wenn sie den Vertragspartner des Verwenders entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligen.

c. Klauselverbote, §§ 308, 309 BGB

In den AGB verwendete Klauseln sind insbesondere unwirksam, wenn sie in Bezug auf:

- Annahme- und Lieferfristen, bzw. Nachfrist
- Rücktritts- und Änderungsvorbehalt
- Haftung/ Schadenersatzansprüchen
- Mängelgewährleistung
- den Verwender unangemessen besser stellen.

d. Rechtsfolgen

aa. Verstoß gegen Klauselverbote oder Inhaltskontrolle:

Sofern AGB wegen Verstoß gegen die Klauselverbote nach den §§ 308, 309 BGB oder wegen Verstoß gegen die Inhaltskontrolle des § 307 BGB unwirksam sind, kann sich der Verwender nicht auf die entsprechende Vertragsklausel berufen.

Der Vertrag als solcher bleibt dann im Übrigen wirksam, § 306 Abs. 1 BGB, nur gilt dann eben nicht die unwirksame Klausel. Der Inhalt des Vertrags richtet sich in diesem Punkt dann nach den gesetzlichen Vorschriften, § 306 Abs. 2 BGB.

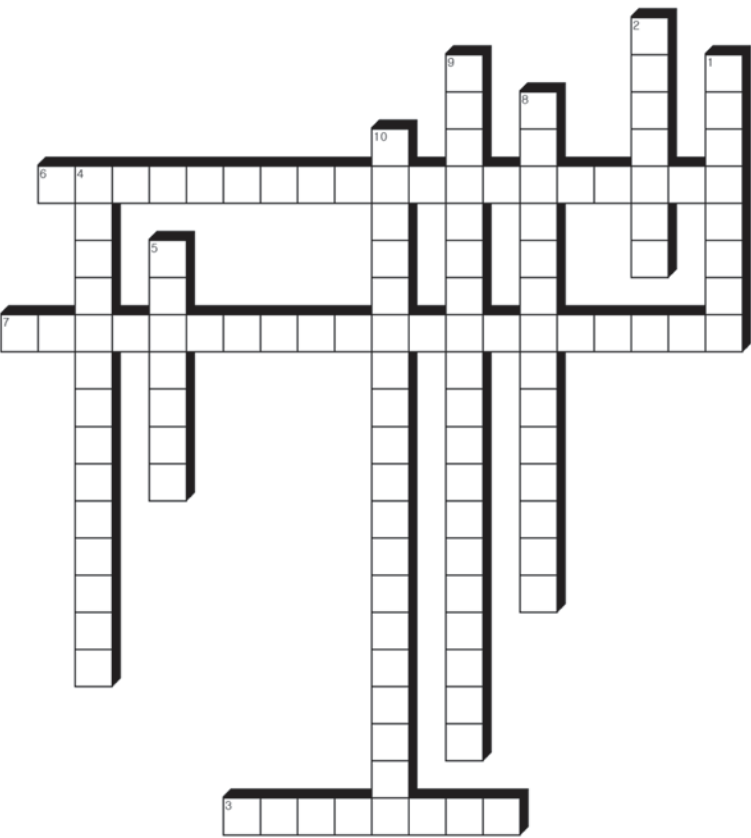
bb. Vorrang der Individualabrede:

Soweit sich die Vertragsparteien über irgendeinen Punkt gesondert – individuell – verständigen, der in den AGB vielleicht anders geregelt ist, gilt immer, dass die Individualabrede den AGB vorgeht, § 305 b BGB.

2.3.1 Kreuzworträtsel zu den AGB

1. § 305 Abs. 1 BGB: AGB sind alle für eine _____ von Verträgen vorformulierte Vertragsbedingungen.
2. § 305 Abs. 2 Nr. 1 BGB: AGB werden nur dann Bestandteil wenn ein _____ darauf gegeben wird.
3. § 305 Abs. 2 Nr. 2 BGB: AGB werden nur dann Bestandteil wenn _____ vorliegt.
4. § 305 Abs. 2 Nr. 2 BGB: AGB werden nur dann Bestandteil wenn ein _____ vorliegt.
5. § 305b BGB: Individualabreden haben gegenüber den AGB _____?
6. Bei überraschenden oder ungewöhnlichen Klauseln bleibt der Kaufvertrag wirksam. Aber die Klauseln werden nicht _____?
7. In § 305c nennt man auch die _____?
8. Welche Klausel beschreibt das Gebot von Treu und Glauben aus § 307 BGB?
9. § 308 BGB ist die Klausel mit _____; hierbei hat der Richter Spielraum.
10. § 309 BGB ist die Klausel ohne _____; hierbei hat der Richter keinen Spielraum (Abb. 2.4).

Verbraucherschutzgesetz – AGB §§ 305 ff BGB



2.3.2 Allgemeines Vertragsrecht



Abb. 2.4 Vertragsentstehung

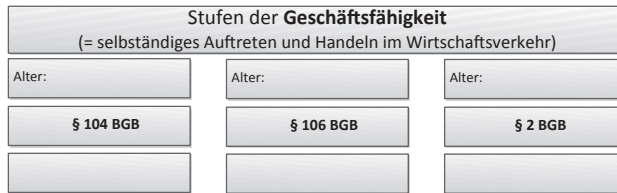


Abb. 2.5 Stufen der Geschäftsfähigkeit

2.3.3 Vertragsabschluss einschließlich Stellvertretungsrecht

Um zu verstehen, wie ein Vertrag zustande kommt, muss dargestellt werden, wer überhaupt wirksam Verträge schließen kann – die Frage der Geschäftsfähigkeit – und es muss geklärt werden, wie der Wille zum Abschluss eines Vertrages zum Ausdruck gelangen muss bzw. ob man an einer derartigen sog. Willenserklärung für immer gebunden ist oder aber diese ggf. anfechten kann. Schließlich muss darauf eingegangen werden, ob eine Willenserklärung immer persönlich abgegeben werden muss oder aber ein Dritter als Stellvertreter diese vornehmen kann.

2.3.3.1 Geschäftsfähigkeit

Frage

Was versteht man unter Geschäftsfähigkeit?

Antwort

Die Geschäftsfähigkeit ist die Fähigkeit, durch rechtsgeschäftliches Handeln bestimmte Rechtswirkungen herbeizuführen. Das Gesetz sieht grundsätzlich alle Menschen als geschäftsfähig an (Abb. 2.5).

Die §§ 104 ff. BGB enthalten daher keine Vorschriften über die Geschäftsfähigkeit, sondern regeln die Ausnahmefälle der Geschäftsunfähigkeit (§§ 104 ff. BGB) und der beschränkten Geschäftsfähigkeit (§§ 106 ff. BGB).

Frage

Wer ist geschäftsunfähig?

Antwort

Geschäftsunfähig ist nach § 104 BGB:

- Wer nicht das siebte Lebensjahr vollendet hat.
- Wer dauerhaft geisteskrank ist; sich in einem Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit befindet.
- Wer wegen Geisteskrankheit entmündigt ist; (sie führt unabhängig vom tatsächlichen Geisteszustand zur Geschäftsuntätigkeit).

Frage

Was sind die Rechtsfolgen?

Antwort

Eigene Willenserklärungen des Geschäftsunfähigen sind nichtig, s. hierzu § 105 BGB. Geschäftsunfähigen gegenüber abgegebene Willenserklärungen werden erst wirksam, wenn sie dem gesetzlichen Vertreter zugehen (§ 131 BGB).

Frage

Wann spricht man von der Nichtigkeit der Willenserklärung?

Antwort

Eine Willenserklärung, die im Zustande der Bewusstlosigkeit (es genügt eine hochgradige Bewusstseinstörung, z. B. Trunkenheit 3,4‰, Drogeneinfluss, Fieber, Hypnose) oder der vorübergehenden Störung der Geistestätigkeit abgegeben wird, ist nichtig (§ 105 Abs. 2 BGB).

Frage

Was bedeutet beschränkte Geschäftsfähigkeit Minderjähriger, § 106 BGB?

Antwort

Ein Minderjähriger, der das siebte Lebensjahr vollendet hat, ist in der Geschäftsfähigkeit beschränkt (§§ 107 bis 113 BGB).

Die §§ 107 ff. BGB bezwecken den Schutz der beschränkt Geschäftsfähigen bei möglicher Wahrung der Interessen des Gegners. Rechtsgeschäfte, die lediglich einen rechtlichen Vorteil bringen, kann der beschränkt Geschäftsfähige zwar selbstständig voll wirksam vornehmen, § 107 BGB. Jedoch sind bis auf die Schenkung alle Geschäfte des Schuldrechts zustimmungsbedürftig, so auch der Kauf zu einem besonders günstigen Preis, das Entleihen einer Sache, gegebenenfalls auch die Erbschaftsannahme.

Frage

Wie unterscheidet das Gesetz bei (auch) rechtlich nachteiligen Rechtsgeschäften?

Antwort

- a. Verträge sind wirksam, wenn sie mit Einwilligung (= vorheriger Zustimmung, § 183 BGB) des gesetzlichen Vertreters abgeschlossen sind (§ 107 BGB).
Ist ein zustimmungsbedürftiges Rechtsgeschäft ohne Einwilligung vorgenommen worden und genehmigungsfähig (kein Fall des § 111 BGB), so ist es so lange **schwebend unwirksam**, bis die Genehmigung erteilt oder verweigert wird.
- b. Einseitige Geschäfte, die nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen darstellen, sind mit Einwilligung grundsätzlich wirksam (§ 107 BGB). Diese einseitigen Rechtsge-

schäfte sind z. B. Eigentumsaufgabe (§ 959 BGB), Auslobung (§ 657 BGB) und das Testament (§ 2247 BGB).

Bei empfangsbedürftigen Willenserklärungen besteht aber gemäß § 111 S. 2 BGB ein Zurückweisungsrecht, wenn die Einwilligung nicht in schriftlicher Form vorgelegt wird.

Empfangsbedürftige einseitige Willenserklärungen sind z. B. die Anfechtung oder Kündigung.

- c. Die §§ 107 ff. BGB gelten auch für geschäftsähnliche Handlungen. Geschäftsähnliche Handlungen sind auf einen tatsächlichen Erfolg gerichtete Erklärungen (i. d. R. Aufforderungen oder Mitteilungen), deren Rechtsfolgen Kraft Gesetzes eintreten. Beispiele:
 - Mahnung, Fristsetzung (§ 326 Abs. 2 BGB),
 - Weigerungen (§§ 179 Abs. 1, 295 S. 1 BGB),
 - Anerkenntnis gemäß § 208 BGB (Unterbrechung der Verjährung)
- d. Der beschränkt Geschäftsfähige ist nicht prozessfähig (§ 52 ZPO).
- e. Empfangene Leistungen muss der beschränkt Geschäftsfähige gemäß §§ 812 ff. BGB (ungerechtfertigte Bereicherung) zurückgewähren.

Frage

Wie lange kann ein schwebend unwirksamer Vertrag genehmigt werden?

Antwort

Sie kann nach erfolgter Aufforderung diese abzugeben nur bis zum Ablauf von zwei Wochen erklärt werden. Wird sie nicht erklärt, gilt sie als verweigert (§ 108 Abs. 2 BGB). Bis zur Genehmigung des Vertrages ist der andere Teil zum Widerruf berechtigt. Der Widerruf kann auch dem Minderjährigen gegenüber erklärt werden (§ 109 Abs. 1 BGB). Das Widerspruchsrecht ist grundsätzlich ausgeschlossen, wenn der Vertragsgegner die Minderjährigkeit kannte (§ 109 Abs. 2 S. 1 BGB; kennen müssen genügt nicht). Hat der Minderjährige den anderen Teil über das Vorliegen einer Einwilligung getäuscht, so besteht trotz Kenntnis von der Minderjährigkeit das Widerrufsrecht (§ 109 Abs. 2 BGB).

Frage

Was versteht man unter dem sog. Taschengeldparagraph nach § 110 BGB?

Antwort

Ein von dem Minderjährigen ohne (ausdrückliche) Zustimmung geschlossener Vertrag gilt als von Anfang an wirksam, wenn der Minderjährige die Leistung (i. d. R. Zahlung) aus seinem Taschengeld bestreitet.

Frage

Gibt es selbstständige Minderjährige?

Antwort

Ja. Hierzu bedarf es allerdings der Genehmigung des Familiengerichts. Er ist für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, welche der Geschäftsbetrieb mit sich bringt (§ 112 BGB).

Die Ermächtigung, in Dienst und Arbeit zu gehen, wird durch § 113 BGB geregelt. Hiernach ist der Minderjährige geschäftsfähig, bezüglich:

- Eingehung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses,
- Aufhebung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses,
- Erfüllung der sich dem Dienst- oder Arbeitsverhältnisses ergebenden Verpflichtung.

Nicht unter § 113 BGB fallen Berufsausbildungsverträge, da bei diesen der Ausbildungszweck überwiegt.

2.3.3.2 Willenserklärungen**Frage**

Was sind Willenserklärungen?

Antwort

Eine Willenserklärung ist die Äußerung eines auf einen rechtlichen Erfolg gerichteten Verhaltens. Die Willenserklärung ist notwendiger Bestandteil jeden Rechtsgeschäfts. Der Wille kann ausdrücklich oder konkludent (durch schlüssiges Verhalten) erklärt werden. Die Benutzung von Wort und Schrift ist nicht erforderlich, Willenserklärungen können auch stillschweigend abgegeben werden.

Frage

Wann werden Willenserklärungen wirksam?

Antwort

Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen (z. B. Testament) werden nach § 130 Abs. 1 BGB mit der Abgabe, empfangsbedürftige Willenserklärungen (z. B. die Kündigung) mit Abgabe **und** Zugang wirksam.

Für den Zugang ist es nötig, dass diese so in den Machtbereich des Empfängers gelangt ist, dass bei Zugrundelegung gewöhnlicher Verhältnisse mit der Kenntnisnahme durch den Empfänger zu rechnen ist. Bei Versand per Post somit mit Einwurf in den Briefkasten.

Das Gesetz enthält für das Wirksamwerden einer Erklärung unter Anwesenden keine ausdrückliche Regelung. Bei einer verkörperten Erklärung ist auch hier auf den Zugang abzustellen. Eine nicht verkörperte (mündliche oder konkludente Erklärung) wird wirksam, wenn sie der Empfänger wahrnimmt. Sprachschwierigkeiten etc. gehen zu Lasten des Erklärenden, es sei denn, dass er nach den erkennbaren Umständen davon ausgehen durfte, er sei richtig und vollständig verstanden worden.

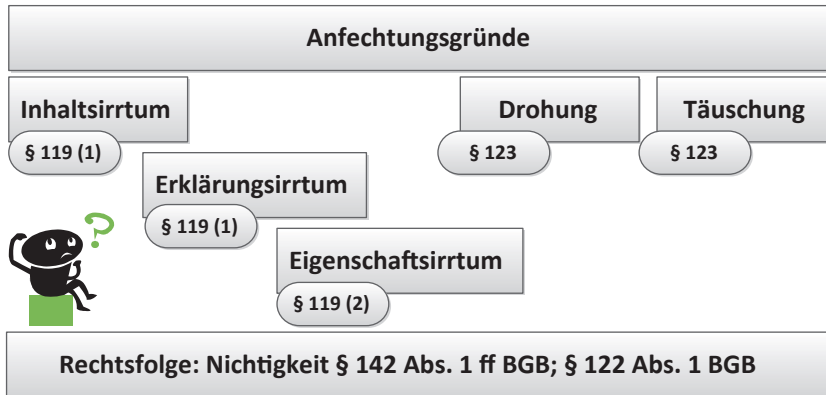


Abb. 2.6 Anfechtungsgründe – Im Schaubild sind jeweils BGB-Vorschriften

2.3.3.3 Anfechtung wegen Willensmängel

Frage

Was versteht man unter Willensmängel?

Antwort

Die Willenserklärung kann fehlerhaft sein, weil der Wille des Erklärenden und der durch Auslegung ermittelte Inhalt seiner Erklärung auseinanderfallen (Abb. 2.6).

a. Bewusste Willensmängel

Frage

Was sind bewusste Willensmängel?

Antwort

Der geheime Vorbehalt, das Erklärte nicht zu wollen, ist unbeachtlich (§ 116 S. 1 BGB). Die Willenserklärung ist jedoch nichtig, wenn der andere Teil diesen Vorbehalt erkannt hat (§ 116 S. 2 BGB).

Auch eine einverständlich zum Schein abgegebene Willenserklärung ist nichtig (Scheingeschäft, § 117 BGB). Nichtig ist auch eine Scherzwillenserklärung, die in der Erwartung abgegeben wird, der Andere werde die fehlende Ernstlichkeit erkennen (§ 118 BGB).

b. Unbewusste Willensmängel

Frage

Was sind unbewusste Willensmängel?

Geprüfter Betriebswirt (IHK) - Rechtliche
Rahmenbedingungen der Unternehmensführung
Prüfungsvorbereitung
Spångberg Zepezauer, A.K.; Bruckmann, S.
2015, XIII, 242 S. 44 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-05041-2